

Forum
für aktive
Gewaltfreiheit

Spinnrad



Zeitschrift des Internationalen Versöhnungsbundes · Österreichischer Zweig

- Schwerpunktthema:
Militarismus und
Militärausgaben

Global military spending this year

\$304,899,180,396

Based on 2013 spending @ \$1,747 bn. Source: [SIPRI](#)

Titelbild: Screenshot
vom 5. März 2015

www.milspend.org

Nr. **1**
März 2015, € 3,-

Inhalt

EDITORIAL, IMPRESSUM, OFFENLEGUNG	2
LATEINAMERIKA - EIN MILITARISierter KONTINENT von <i>Ana Juanche</i>	3
UNIVERSITÄRE FORSCHUNG – FÜR MILITÄRISCHE INTERESSEN? 6 von <i>Irmela Steinert</i>	6
DAS MOMENTUM DER HUMANITÄREN INITIATIVE NUTZEN 8 Interview mit Botschafter <i>Alexander Kmentt</i>	8
DAS GESCHÄFT MIT DER BOMBE 10 von <i>Nadja Schmidt</i>	10
FRIEDE UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG - EINFÜHRUNG 11 IN DIE POST-2015-AGENDA DER VEREINTEN NATIONEN von <i>David Gamsjäger</i>	11
MOVE THE MONEY: DIE GLOBALE KAMPAGNE 12 ZU MILITÄRAUSGABEN von <i>Colin Archer</i>	12
DIE MILITARISIERUNG IN KOLUMBIEN UND DIE FRIEDENS- 14 ALTERNATIVE AUS DER SICHT DER WEHRDIENSTVERWEIGERUNG AUS GEWISSENSGRÜNDEN von <i>Mario Andres Hurtado Cardozo</i>	14
TROJANISCHER KRIEG UND POTJOMKINSCHES DORF 16 ÖSTERREICHS BEITRÄGE ZUR EU-AUSLANDSEINSATZPOLITIK SIND ÜBERWIEGEND MILITÄRISCH von <i>Thomas Roithner</i>	16
FRONTEX SCHÜTZT. SCHÜTZT FRONTEX? 17 von <i>David Gamsjäger</i>	17
LICHT AM ALBANISCHEN HORIZONT?! - DER WEG 18 ZUR BESEITIGUNG DER BLUTRACHE IST BEREITET von <i>Giulia Zurlini</i>	18

Gastkommentare müssen nicht mit der Meinung des Redaktionsteams der Zeitschrift Spinnrad übereinstimmen.

IMPRESSUM (alle anderen ungültig):

Verleger, Herausgeber: Internationaler Versöhnungsbund, österreichischer Zweig (IVB)

Redaktion: Irmgard Ehrenberger, Pete Hämmerle, Lucia Hämmerle

Adresse: Lederergasse 23/3/27, A - 1080 Wien;
Tel./Fax: 01/408 53 32; Email: office@versoehnungsbund.at
www.versoehnungsbund.at

Umschlagdesign: Monika Naskau

Layout: Lucia Hämmerle

Hersteller: AV+Astoria Druckzentrum GmbH,
Faradaygasse 6, 1030 Wien; **Verlagspostamt:** 1080 Wien

Bankverbindung: PSK, Kto.Nr. 92022553 (BLZ 60000);
BIC: OPSKATWW, IBAN: AT94 6000 0000 9202 2553

Preis der Einzelnummer: € 3,-

Abonnement: € 12,- (Inland), € 15,- (Ausland)

Für Mitglieder des IVB kostenlos!

*Der IVB ist ein Zweig der internationalen gewaltfreien Bewegung International Fellowship of Reconciliation (IFOR). IFOR hat beratenden Status bei ECOSOC und UNESCO. IFOR umfasst ein Netzwerk von 80 Zweigen und Gruppen auf allen Kontinenten.
www.ifor.org*

Liebe Leserinnen und Leser!

Das Thema dieser Ausgabe begleitet den Internationalen Versöhnungsbund schon seit seiner Gründung: Militarismus und seine Folgen für die Menschen, den Frieden und die Anliegen der aktiven Gewaltfreiheit, denn Militarismus schafft Unfrieden, Ungerechtigkeit und hat manchmal viele Gesichter.

Der Leitartikel (S. 3) befasst sich mit der umfassenden Militarisierung Lateinamerikas und den Bestrebungen unserer Freundinnen und Freunde von Servicio Paz y Justicia (SERPAJ) diesem Zustand entgegen zu wirken.

Irmela Steinert beleuchtet in "Universitäre Forschung - für militärische Interessen?" (S. 6) eine Facette des Militarismus, der v.a. in Österreich noch verhältnismäßig wenig Beachtung geschenkt wird. Mehr Aufmerksamkeit generieren derzeit die „humanitäre Initiative gegen Atomwaffen“ (s. 8) und die Forschung zur Finanzierung nuklearer Rüstungsindustrie (S. 10) - Beispiele dafür, wie sich weltweit Menschen gegen Aufrüstung und Kriegstreiberei engagieren (können).

Die Höhe der Militärausgaben (ca. 1,75 Billionen USD im Jahr 2013) stehen in direktem Zusammenhang mit dem immensen Grad der weltweiten Militarisierung. Dies ist Geld, das in sozialen und entwicklungspolitischen Bereichen oft fehlt. Alternative Investitionsbereiche zeigt die Kampagne „Move the Money“ (S. 12). Auch die Aspekte Wehrdienstverweigerung (S. 14) und österreichische Beteiligung (an der überwiegend militärischen EU-Auslandseinsatzpolitik, S.16) werden in diesem Spinnrad aufgegriffen - Wir wünschen eine spannende Lektüre!

Lucia Hämmerle

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz: Eigentümer der Zeitschrift SPINNRAD ist zur Gänze der Internationale Versöhnungsbund, Ledererg. 23/3/27, 1080 Wien. Im Vorstand sind: Walter Buder, Daniela Härtl, Maria Hofmann, Carolina Nitsche, Harold Otto, Marion Schreiber und Silvia Udvary.

Grundlegende Richtung: Die Zeitschrift SPINNRAD dient der Verwirklichung der Präambel aus dem Selbstverständnis des Herausgebers: "Der Internationale Versöhnungsbund ist eine Vereinigung von Menschen, die sich aufgrund ihres religiösen Glaubens oder ihrer humanistischen Grundhaltung zur Gewaltfreiheit als Lebensweg und als Mittel persönlicher, sozialer und politischer Veränderung bekennen. Auf der Grundlage einer politischen Spiritualität und der aktiven Gewaltfreiheit als Lebensprinzip arbeiten wir an der umfassenden persönlichen und gesellschaftlichen Befreiung."



Der Internationale Versöhnungsbund ist eine Vereinigung von Menschen, die sich aufgrund ihres religiösen Glaubens oder ihrer humanistischen Grundhaltung zur Gewaltfreiheit als Lebensweg und als Mittel persönlicher, sozialer und politischer Veränderung bekennen.



SERPAJ

Lateinamerika - ein militarisierter Kontinent

von Ana Juanche

Die Militärpräsenz in Lateinamerika kann – mit einigen Pendelbewegungen in Raum und Zeit – als ein Kontinuum von der Kolonialzeit bis zu den aktuellen Nationalstaaten gesehen werden.

Das Verständnis dieses Phänomens erfordert die Analyse seiner Ursprünge und Ziele, die – in unterschiedlichen Formen – das Interesse der großen politischen und wirtschaftlichen Mächte in einer Region erklären, die durch vielfältige Reichtümer charakterisiert ist. Die Militarisierung ist heutzutage ein multidimensionales Phänomen, in dem jede ihrer Manifestationen effizient wirksam wird um die ganzheitliche Kontrolle sicher zu stellen.

Die jüngere Vergangenheit verweist uns auf die Welle der Diktaturen in Lateinamerika, die von der Doktrin der nationalen Sicherheit unterstützt wurden. In der „Schule der Amerikas“ graduierten 60.000 Militärs und Polizist_innen aus 23 lateinamerikanischen Ländern, von denen viele bekanntermaßen mit den militärischen und zivil-militärischen Diktaturen und mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die in ihrem Verlauf begangen wurden, verbunden waren. Diese Doktrin, die ihre Feind_innen aus einer weiten Betrachtungsweise und mit Betonung auf diejenigen, die abweichende Ideologien vertraten, konstruierte, säte aus politischen Motiven den Samen der Exklusion und Fragmentierung der Völker.

Heute wird die neue Definition des Feindes mit den organisierten Gemeinschaften assoziiert, die Widerstand gegen die Kontrolle der Schlüsselemente für die Souveränität und Selbstbestimmung un-

serer Völker leisten, also Grund und Boden sowie natürliche Ressourcen (Erdöl, Wasser und Biodiversität). Die Herrschaft über die Rohstoffe ist ein strategischer Faktor für die Konsolidierung des transnationalen kapitalistischen Systems. Die Suche nach der Durchsetzung einer neuen weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Ordnung vollzieht sich durch Macht und durch Waffen: Gesetze, Autoritäten, Armeen und andere Institutionen, die diesem Zweck dienen.

In diesem Kontext entstehen die Freihandelsabkommen, in Verbindung mit der Remilitarisierung Lateinamerikas, oft durch Verhandlungsrunden der G8, der Welthandelsorganisation (WTO), der Europäischen Union oder der Vereinigten Staaten. Von den 20 Abkommen, die die USA in den letzten Dekaden unterzeichnet haben, schlossen 11 amerikanische Staaten ein (Kanada, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Panama und Peru). Dazu muss man noch die letzte Generation von Freihandelsabkommen mit der EU hinzufügen, die die Reichweite noch signifikant erhöhen und die Länder der Karibik, zusammen mit Kuba und der Dominikanischen Republik (Cariforum), Peru, Kolumbien und Zentralamerika einschließen.

Die Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) haben Abkommen mit sieben Ländern der Region geschlossen (Kanada, Costa Rica, Panama, Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru). Japan hat seinerseits Freihandelsabkommen mit Chile, Mexiko und Peru abgeschlossen.

Die wirtschaftlichen Pläne für unsere Region enthalten weiters kulturelle, arbeitsrechtliche, fiskalische, monetäre und die Umwelt betreffende sowie natürlich politische und soziale Aspekte, und gleichzeitig werden Pläne für die Remilitarisierung der Region entwickelt, im Einklang mit den neu definierten Prioritäten: dem Kampf gegen den Drogenhandel, gegen den Terrorismus und gegen die „radikalen Populismen“. Auf diese Weise wurden in breiter Zusammenarbeit und mit Zustimmung der nationalen Regierungen der *Plan Colombia* (samt seiner regionalen Andeninitiative), der *Plan Puebla Panama* und der *Plan Triple Frontera* formuliert, die die Ausbildung von Spezialkräften und Übungen in militärischer Zusammenarbeit, die mehr als 30 Militärbasen (traditionelle und hochtechnologische) und die Wiederbelebung der IV. Marineflotte der Vereinigten Staaten beinhalten und so ein ausgeklügeltes Netz von Beobachtung und Kontrolle Lateinamerikas begründen. Nicht unerwähnt darf hier die *Initiative für die Integration der Regionalen Infrastruktur Südamerikas (IIRSA)* bleiben, ein ambitioniertes Projekt der territorialen Ordnung, das durch acht verschiedene Korridore (Wasserstraßen, Straßen, Eisenbahnen, Flughäfen, Autobahnen und Tiefseehäfen) den Fluss von Rohstoffen und Gütern von der Region Lateinamerika in den Rest der Welt sichert.

Der Widerstand der Völker, der im Gegensatz zu diesen Entwicklungen für die Erhaltung der Naturressourcen, das Land der Vorfahren und die wirtschaftlichen, kulturellen und die Umwelt betreffenden Rechte organisiert wird, tritt der Macht der großen Zentren mit klaren Wor-



SERPAJ

ten entgegen und wendet sich gegen die Einführung von Freihandelszonen, die Männer und Frauen einer neuen Form der Sklaverei unterwerfen, gegen Mega-Infrastrukturprojekte (Wasserkraftwerke, Wasserstraßen, Autobahnen usw.), die ganze Bevölkerungen überrollen und darüber hinaus unwiderruflich die Umwelt schädigen, gegen die Ausbeutung von Ressourcen wie Wasser, Erdgas, Erdöl, Kupfer usw., gegen die zügellose Anpflanzung von Soja und Zellulose, die hyperextensive und überbordende Kultivierung von Agrotreibstoffen, die Patentierung der autochthonen Flora, gegen den gewaltsamen Einfluss von gentechnisch veränderten Produkten, die die hunderten kreolischen Samenbanken vernichten, etc.

Eine Kartierung dieser drei Komponenten – natürliche Ressourcen, soziale Bewegungen und Militärbasen bzw. Manöver – sowie ein Übereinanderlegen dieser drei Karten zeigt, dass wir an jedem Ort des Landes, wo sich Bodenschätze befinden, auch multinationale Interessen der Aneignung, organisierte Kollektive ihrer Verteidigung und eine ökonomische und militärische Präsenz der Einschüchterung finden, die die Regierungen kontrollieren und sie dazu drängen, Mittel zu ergreifen, die ihren eigenen Interessen widersprechen. So ist es z.B. mit den Terrorgesetzen – fälschlich „Antiterror-Gesetze“ genannt – die den Rechtsrahmen für die Kriminalisierung und gerichtliche Verfolgung des sozialen Protests abgeben, mit der Praxis des „schnellen Schießens“, der Schaffung von nachbarschaftlichen, urbanen und ruralen „Sicherheitswachen“ und den „Garotte-Kommissionen“ (Knüppel), paramilitärischen oder polizeilichen Einrichtungen oder Privatarmeen, die die Interessen der transnationalen ökonomischen Macht schützen.

Angesichts der Widerspenstigkeit und Widerstandskraft, mit denen unsere Völker den Folgen der jüngsten Vergangenheit und den Herausforderungen der Gegenwart begegnen, appelliert man an die alten disziplinarischen Instrumente. Der antiterroristische Diskurs konstruiert Subjektivitäten, bringt eine „Wahrheit“ hervor, und diese aktiviert die Beherrschung. Deswegen ist es heute im Unterschied zur früheren Zeit nicht mehr notwendig, den Feind zu eliminieren, sondern ihn zu erschaffen.

SERPAJ und die Kampagne für Demilitarisierung

In Hinblick auf die Prozesse der Remilitarisierung in der Welt entwickelt *Servicio Paz y Justicia en América Latina (Dienst für Frieden und Gerechtigkeit/SERPAJ)* eine Kampagne, die zum Ziel hat zur Demilitarisierung beizutragen und die sozialen Widerstandsbewegungen zu stärken. Unsere Gesellschaften sind begründet auf und gewachsen aus autoritären Grundlagen einer kulturellen, ökonomi-



Flugblatt von SERPAJ: „Leben säen ist kein Verbrechen. Wir sagen NEIN zu Vertreibungen, Ausbeutung von Bodenschätzen und Enteignungen. Lateinamerika – Region des Friedens“



SERPAJ

schen und politischen Beherrschung. Diese autoritäre Kultur, die gestützt und verstärkt wird durch Androzentrismus und Machismo, produziert strukturell gewaltsame, ungerechte und ausschließende Gesellschaften, die auf den Ungleichheiten von Geschlecht, Ethnie, Alter und Zugang zu bzw. Besitz von Gütern und Dienstleistungen beruhen.

In jeder und jedem von uns ist etwas von dieser Kultur. Wir reproduzieren sie in unseren Familien, an unseren Arbeits- und Studienplätzen, in unseren sozialen Gruppen und Gemeinschaften. Wir bringen sie in unseren persönlichen, organisatorischen, institutionellen und soziopolitischen Beziehungen zum Ausdruck: in Familie, Kirchen, politischen Parteien, sozialen Organisationen, Unternehmen, staatlichen Institutionen und Kommunikationsmedien, um nur einige zu nennen. Um diese interpersonalen und sozialen Beziehungen zu erhalten, schaffen die (wirtschaftlich und politisch) dominanten Gruppen Gesetze, Organisationen und Institutionen, die die Reproduktion und das Funktionieren des Systems sichern und so ihr eigenes Überleben und ihre Vorherrschaft über andere gesellschaftliche Gruppen garantieren.

Dieser Prozess wird von Individuen, Regierungen, ökonomischen und politischen Gruppen angeführt, die eine Kultur der Waffen und der Gewalt als Mechanismus zur Sicherung der wirtschaftlichen, politischen und auch kulturellen Kontrolle und Herrschaft befördern und verstärken. So konfrontieren wir die Gesetze und Militärapparate, die diese ungerechte und ausschließende Ordnung verteidigen, mit einem sozialen Diskurs.

Außerdem ist die Militarisierung ein Prozess, der mit großen Geschäften der Produktion und des Han-

dels mit Waffen verknüpft ist, bei dem Menschen unweigerlich zu Opfern werden, denn dieses Geschäft ist gegen das Leben und gegen den Planeten gerichtet.

Es gibt genügend Statistiken und vergleichende Daten, die die umgekehrte Relation zwischen Investitionen in den weltweiten Rüstungswettlauf und dem Zugang von Millionen Menschen zu fundamentalen Rechten wie Gesundheit, Wohnung, guter Erziehung, gesunder Umwelt oder Wasser belegen: je mehr Investitionen in Kriegspläne, desto weniger Mittel für die Verteidigung des Lebens.

Unser Kampf für die Demilitarisierung wird auf verschiedenen Ebenen geführt: von der Ebene des individuellen Gewissens über die persönlichen Einstellungen und Beziehungen bis zu den sozialen und politischen Strukturen, in denen wir leben. Unser Ziel übersteigt die Demilitarisierung der Kasernen und der Rüstungsbudgets. Wir streben die Demilitarisierung unserer Formen des Seins und unserer Beziehungen an.

Diese Herausforderung konkretisiert sich in dem Maß, in dem wir die persönliche und kollektive Verantwortung für den Aufbau einer Kultur des Friedens übernehmen, die eine Gesellschaft basierend auf der vollen Gültigkeit aller Menschenrechte fördert; einer inklusiven Gesellschaft, die den Beitrag der ethnisch-kulturellen und religiösen Vielfalt respektiert und anerkennt, die die Jugendlichen und die Kinder wertschätzt und die Gleichheit und Gerechtigkeit auf allen Ebenen fördert. Eine Gesellschaft, die ihre Verantwortung in der Verteidigung und dem Schutz der Natur anerkennt, nicht im Gegenüber zum Leben, sondern als Teil des Lebens selbst; die sich aus der Universalität aufbaut, mit dem Beitrag der Besonderheiten.

Eine Kampagne für Demilitarisierung zu entwickeln beinhaltet, über die Ursachen der gewaltsamen und militarisierten Kultur der Gesellschaft, genauso wie über die Schaffung von Methoden und Instrumenten nachzudenken, die es uns erlauben, gemeinsam Alternativen aufzubauen hin zu einer Gesellschaft, die unsere Gewissen, unsere sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Strukturen demilitarisiert – also zu einer Gesellschaft, die eine Kultur des Friedens aufbaut.

SERPAJ und die globale Aktionskampagne gegen Militärausgaben

Zum vierten Mal nacheinander schließt sich SERPAJ dem *Tag für Globale Aktion gegen Rüstungsausgaben* an, im Rahmen seiner kontinentalen Kampagne *„Lasst uns unsere Gewissen, die Institutionen und die Gesellschaft demilitarisieren. Lateinamerika – Region des Friedens“* (s. Bild links). In diesem Jahr wird SERPAJ Aktionen zur Information und Verbreitung des Anliegens in Städten und Gemeinden der 12 Länder durchführen, die dem Netzwerk angehören (Argentinien, Uruguay, Brasilien, Paraguay, Mexiko, Ecuador, Kolumbien, Panama, El Salvador, Nicaragua, Costa Rica und Chile).

Das SERPAJ-Netzwerk, das in Lateinamerika Pionierarbeit für die Demilitarisierung durchführt, ist Träger von Kampagnen wie *„Rüsten wir das Budget ab“*, in deren Verlauf Aktionen der Sensibilisierung, des Lobbying und der Forderung der Reduktion des Militärhaushalts zu Gunsten von sozialen Investitionen entwickelt werden.

Ana Juanche arbeitet für SERPAJ Uruguay und war vormals Koordinatorin von SERPAJ Lateinamerika

Übersetzung: Pete Hämmerle



Universitäre Forschung – für militärische Interessen?

von Irmela Steinert

Nahezu unbeobachtet von der Zivilgesellschaft sickern Fördergelder aus dem militärisch-industriellen Komplex in die Forschungsaktivitäten der Universitäten. Mit dem neoliberalen Umbau gesellschaftlicher Strukturen und der Verknappung öffentlicher Fördergelder für die Wissenschaft wurde sukzessiv die Heranziehung von Drittmitteln - Fördergeldern aus Finanz- u. Realwirtschaft – als Finanzierungsmodalität für universitäre Forschung etabliert. Mögliche Abhängigkeiten von Fördergeber_innen hinsichtlich Auswahl von Forschungszielen und Anwendung ihrer Ergebnisse bleiben für die Zivilgesellschaft intransparent und kommen im öffentlichen Diskurs zu kurz. Wie ist es um die „Autonomie der Universitäten“ und die „Freiheit der Wissenschaften“ in der herrschenden freien Marktwirtschaft bestellt? Wie um Transparenzregelungen und Kontrollmechanismen der Drittmittelfinanzierung – insbesondere durch militärische Fördergeber_innen?

Militärische Infiltrationen an österreichischen und deutschen Hochschulen

Unter dem Titel „US-Militär lässt an Österreichs Universitäten forschen“ berichtete die Wiener Zeitung⁽¹⁾ am 8.7.2014, dass österreichische Universitäten und die Akademie von Wissenschaften seit 2009 rund 8,8 Mill. Euro vom Pentagon erhalten haben. Eine Datenerhebung der Wiener Zeitung und NDR Info⁽²⁾ zeigte Kooperationen von Forschungsteams mit dem US-Militär an fast allen großen Universitäten. Die Studien werden als Grundlagenforschung (z.B. Genetik, Quantenforschung, Informatik) deklariert. Laut Prof. Liebert, Leiter des Instituts für Sicherheits- und Risiko-

wissenschaften an der Universität für Bodenkultur (Boku), ist allerdings in der modernen Techno-Wissenschaft die Unterscheidung von Grundlagen- und Anwendungsforschung kaum möglich, ebenso die eindeutige Zuordnung zu militärischer oder rein ziviler Forschung. Er sieht in der Dual-Use-Forschung, in der militärische Forschung immer auch zivile Zwecke bedient und umgekehrt, ein Konzept Grauzonen zu schaffen. „Auch wenn die Forschungsergebnisse nicht direkt für militärische Zwecke verwendet werden, müsse bedacht werden, dass sich die Absichten der Forscher von jenen der Geldgeber unterscheiden.“

In Deutschland listete die Informationsstelle Militarisierung Tübingen 60 zivile deutsche Hochschulen auf, die wehrtechnische und wehrmedizinische Fragestellungen behandeln (z.B. Maschinenbau, Nanotechnologie, Informatik, Militärsoziologie). Im November 2013 berichteten NDR Info und die Süddeutsche Zeitung, dass seit 2010 das Pentagon deutsche Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen mit etwa 10 Mill. Dollar finanziell unterstützte. Einige Lehrstühle betrieben auch anwendungsorientierte Rüstungsforschung (Verbesserung von Sprengstoffen, präzisionsgelenkte Munition, Raketen-Gefechtsköpfe).

Der Rüstungskritiker Jürgen Altmann von der Deutschen Physikalischen Gesellschaft meint: „Das US-Militär ist keine gemeinnützige Einrichtung. Teil seines Auftrags ist es, Forschung zu finanzieren, die perspektivisch militärisch anwendbar ist. Über diesen militärischen Hintergrund sollte man nicht einfach hinwegsehen.“

Die Zivilklauselbewegung

Die zunehmende Rüstungsforschung an Hochschulen mobilisierte Deutschlands Studierende und Friedensorganisationen. Die Idee der „Zivilklausel“ wurde aufgegriffen. Zivilklauseln sind vertragliche Bestimmungen zur Selbstverpflichtung von wissenschaftlichen Einrichtungen, ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen und Forschungsziele sowie Forschungsmittel, die Rüstungsinteressen dienen können, abzulehnen. Drittmittelkooperationen mit militärischen Einrichtungen oder der Rüstungsindustrie kommen daher nicht in Frage.

Die erste Zivilklausel gab es bereits 1986 an der Universität Bremen. In den 90er Jahren ist mit dem vermeintlichen Ende des Kalten Krieges die Diskussion darüber eingeschlafen.

Erst 2009 kam das Instrument der Zivilklausel wieder ins Spiel: Anlässlich der Fusion der Universität Karlsruhe mit dem Kernforschungszentrum beschlossen die Studierenden die für die Kernforschung geltende Zivilklausel auf die gesamte Universität auszuweiten. Damit begann die aktuelle Bewegung für Zivilklauseln an deutschen Universitäten.

Im Mai 2011 wurde die Initiative⁽³⁾ „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ gegründet, getragen von Studierenden, Wissenschafts- und Friedensorganisationen.⁽⁴⁾ Ziel der Initiative ist es, der fortschreitenden Militarisierung der wissenschaftlichen Forschung, nicht nur in den Ingenieur- und Naturwissenschaften, sondern auch in den Sozial- und Geisteswissenschaften entgegenzutreten. Hochschulen sollen Beiträge zur fried-



ZIVILKLAUSEL



Lernen für den Frieden – Keine Rüstungsindustrie und kein Militär in Bildungseinrichtungen

www.lernenfuerdenfrieden.de

lichen Lösung der Probleme und Konflikte dieser Welt leisten und sich zu dieser Aufgabe durch die Verabschiedung von Zivilklauseln verpflichten.

Seither haben 21 deutsche Hochschulen Zivilklauseln eingeführt oder erneuert. Eine Online-Petition ist zugänglich unter:

www.lernenfuerdenfrieden.de

und ein Newsletter hält über Termine, Verhandlungen und Erfolge aber auch Misserfolge, am laufenden. Die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Forschung sind oft fließend, die Identifikation von Forschungsvorhaben, die gegen eine Zivilklausel verstoßen, schwierig. In zahlreichen Diskussionsveranstaltungen wird versucht, normative und gesellschaftspolitische Kontexte zu klären und institutionelle Bedingungen für die Umsetzung zu erarbeiten. Leider stellte sich heraus, dass selbst an Universitäten mit Zivilklauseln militärisch relevante Forschung weiter betrieben wurde. Im Juni 2014 appellierte Reiner Braun, Sprecher der Bewegung, am Peace Event in Sarajevo angesichts der Kriege und Militarisierungstendenzen für die Ausweitung der Zivilklauselbewegung im EU-Raum und darüber hinaus. Es sei zu hoffen, dass die internationalen Erstunterzeichnerinnen des Apells Initiativen setzen.

Ende Oktober 2014 wurde in Hamburg ein bundesweiter Zivilklauselkongress organisiert, im Jänner 2015 folgte eine Arbeitstagung in Berlin, um weitere Strategien zur Verbreitung und Verbesserung der Wirksamkeit von Zivilklauseln zu entwickeln.

In Österreich griff die Solidarwerkstatt im Herbst 2014 das Thema

auf(5). Sie startete mit einem Aktionstag und Unterschriften-sammlung an der Johannes Kepler Universität Linz die Kampagne „Hochschulen für den Frieden! Ja zur Zivilklausel! Nein zur Kriegsforschung!“

Der Aufrufertext, der auch andere Universitäten zur Beteiligung animiert, weist besonders auf EU-Strategien hin, durch die zivile und militärische Forschung verknüpft werden sollen:

„Der EU-Gipfel im Dezember 2013 hält im Punkt 18 der Schlussfolgerungen fest: ‚Die zivile Forschung und die Verteidigungsforschung verstärken einander, auch auf den Gebieten Schlüssel- und Energieeffizienztechnologie. Der Europäische Rat begrüßt deshalb die Absicht der Kommission, zu evaluieren, wie die unter dem Programm ‚Horizont 2020‘ erzielten Ergebnisse auch für die industriellen Fähigkeiten im Sicherheits- und Verteidigungssektor nutzbar gemacht werden könnten. Er ersucht die Kommission und die Europäische Verteidigungsagentur, eng mit den Mitgliedsstaaten zusammenzuarbeiten, um Vorschläge auszuarbeiten, wie die Dual-Use-Forschung noch stärker angekurbelt werden kann.“

Dieser Verquickung von militärischer und ziviler universitärer Forschung und ihre Einbindung in den militärisch-industriellen Komplex ist entgegen zu treten. Sie steht auch im Widerspruch mit Österreichs Neutralität. - gesamter Aufrufertext auf

<http://www.werkstatt.or.at>

Mehr Transparenz zur Sicherung einer Wissenschaft für den Frieden!

Es ist zu hoffen, dass auch in Österreich Debatten über die Einführung von Zivilklauseln und ihre Funktionalität in Gang kommen, um mehr Aufmerksamkeit für militärische Einflüsse auf die Wissenschaften zu gewinnen. Der verfassungsrechtliche Diskurs über die Kompatibilität von Zivilklauseln mit den Grundrechten und der Autonomie der Universitäten, bzw. der „Freiheit der Wissenschaft“, ist gewiss sorgfältig zu führen. Er könnte vor allem die Problematik der „Unternehmens-Universitäten“ beleuchten und Transparenzregeln für die Drittmittelforschung voranbringen. Das wäre zumindest ein wichtiger erster Schritt!

Irmela Steinert ist Mitglied des österreichischen Versöhnungsbundes und engagiert bei IPPNW OMEGA.

(1) http://www.wienerzeitung.at/themen_channel/bildung/uni/643644_US-Militaer-laesst-an-Oesterreichs-Universitaeten-forschen.html

(2) <http://bettinafigl.net/us-militaer-laesst-an-oesterreichs-universitaeten-forschen/>

(3) Homepage des Bündnisses: www.zivilklausel.de

(4) z.B. INES - International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility, IALANA – Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen, Bundesausschuss Friedensratschlag, Gewerkschaften u. v. a.

(5) Werkstatt-Blatt 3/14, S.8 „Forschen zwischen Überwachen und Killen“ / Franz Sölkner



Das Momentum der humanitären Initiative nutzen

Interview mit Botschafter Alexander Kmentt

Herr Botschafter, am 8. und 9. Dezember 2014 fand in Wien auf Einladung des österreichischen Außenministeriums die 3. Internationale Konferenz zu den humanitären Auswirkungen von Nuklearwaffen statt. Wie kam es dazu, wie sind Sie mit dem Verlauf der Konferenz zufrieden und was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Erkenntnisse und Ergebnisse?

Seit der letzten NPT Überprüfungs-konferenz im Jahr 2010 versucht die internationale Staatengemeinschaft, das Augenmerk vermehrt auf die humanitären Auswirkungen von Nuklearwaffen zu richten, um Fortschritte im Bereich der nuklearen Abrüstung zu erzielen. Über Jahrzehnte stagniert das nukleare Abrüstungsregime. Wegen der wenig glaubwürdigen Fortschritte sind vor allem Nicht-Nuklearwaffenstaaten nicht zufrieden mit der aktuellen Situation. Der Atomwaffensperrvertrag (NPT) steckt für viele in einer Glaubwürdigkeitskrise: Indien, Israel und Pakistan haben den NPT nie unterzeichnet, die Demokratische Volksrepublik Korea hat 2003 den Austritt aus dem Vertrag bekannt gegeben. Außerdem kann die Ungleichbehandlung von Kernwaffenbesitzerstaaten und Nicht-Kernwaffenstaaten durch den NPT langfristig nicht aufrechterhalten werden. Die relativ schwache Abrüstungsverpflichtung gemäß Art. 6 des NPT steht in eklatantem Widerspruch zu den weitreichenden Nichtverbreitungsverpflichtungen, denen die NPT Nicht-Kernwaffenstaaten unterworfen sind. Nicht zuletzt tragen auch der Stillstand bei der Schaffung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Nahen Osten sowie die Ukrainekrise zur negativen Stimmung im nuklearen Abrüstungsregime bei.

Österreich gehörte von Anfang an zu einer Gruppe von Staaten, die sich aktiv für die Intensivierung nuklearer Abrüstungsbemühungen und somit auch für die Stärkung des NPT, mit dem Ziel eines rechtlichen Rahmenwerks zum Verbot und zur Eliminierung von Kernwaffen, eingesetzt haben. Die humanitäre Initiative ist die einzige konkrete und positive Abrüstungsentwicklung, die auf den Aktionsplan der NPT Konferenz 2010 zurückgeführt werden kann. Nach den beiden humanitären Vorgängerkonferenzen in Oslo/Norwegen (2013) und in Nayarit/Mexiko (Februar 2014) wurde deutlich, dass die internationale Staatengemeinschaft sich noch mehr auf die humanitären Auswirkungen einer Nuklearwaffenexplosion, deren Kurz- und Langzeitfolgen, die beträchtlichen Risiken sowie rechtlich-moralische Argumente konzentrieren sollte. Aus diesem Grund haben wir uns dafür entschieden, die Wiener Konferenz zu den humanitären Auswirkungen von Kernwaffen auszurichten. Wir haben dabei versucht, dem Anspruch nach mehr Information zum Thema durch wissenschaftlich fundierte Präsentationen von Expert_innen gerecht zu werden.

Die Konferenz hat mit der Anwesenheit von fast 160 Staaten, zahlreicher internationaler Organisationen, der Rotkreuzbewegung, der Zivilgesellschaft, von Wissenschaftler_innen sowie Parlamentarier_innen gezeigt, dass ein großes Interesse für humanitäre Themen in Verbindung mit Nuklearwaffen besteht. Neue Entwicklungen, die es in den beiden vorherigen Konferenzen in dieser Form nicht gegeben hat, waren etwa die Teilnahme von mindestens zwei der fünf P5 Nuklearwaffen-Staaten (die USA und das Vereinigte Königreich waren offiziell vertreten; zusätzlich

hat China einen Regierungsvertreter als „Zivilgesellschaft“ registriert). Die sogenannte „P-5 Solidarität“ wurde somit in Wien zumindest etwas aufgebrochen. Ebenso signifikant war die Neupositionierung der katholischen Kirche zum Thema Nuklearwaffen. Die bisherige Position ging noch auf die Zeit des Kalten Krieges zurück, wonach nukleare Abrüstung zwar absolut eingefordert wurde, jedoch das Konzept der nuklearen Abschreckung als temporärer Zustand zur Verhinderung eines Nuklearkrieges zwischen den Blöcken per se nicht moralisch verwerflich sei. Papst Franziskus hat nunmehr durch seine Message an die Wiener Konferenz und durch ein substantielles Positionspapier des Vatikans klargestellt, dass Abschreckung zu einem Selbstzweck geworden ist und moralisch nicht länger aufrecht erhalten werden kann. Alles in Allem war es für uns eine sehr erfolgreiche Konferenz, auf deren Grundlage die internationale Gemeinschaft nun weiterarbeiten sollte.

Zum Abschluss der Konferenz hat Österreich als Vorsitzland ein Resümee der Konferenz sowie eine Erklärung veröffentlicht, in der es sich u.a. verpflichtet daran zu arbeiten, „die rechtliche Lücke zum Verbot und der Vernichtung von Atomwaffen zu schließen“ und alle Staaten dazu einlädt, sich dieser Verpflichtung anzuschließen. Wie ist die bisherige Resonanz auf diesen „Austrian Pledge“ und was erwarten Sie sich davon in Zukunft?

Österreich hat sich während der Wiener Konferenz zu den humanitären Auswirkungen von Kernwaffen sehr bemüht, alle in der Konferenz vertretenen Meinungen, Positionen und die Schlussfolgerungen



ATOMWAFFEN

im „Chair's Summary“ widerzuspiegeln. Es ist klar, dass manche Staaten dabei offensiver für die Abschaffung und das Verbot von Nuklearwaffen eintreten, andere zurückhaltender sind oder aufgrund politischer und militärischer Positionen auf ein Sicherheitskonzept mit Nuklearwaffen zurückgreifen. Österreich verpflichtete sich darüber hinaus in einem nationalen „Austrian Pledge“, die Schlussfolgerungen der Wiener Konferenz in allen relevanten Foren zu präsentieren (v.a im NPT-Kontext) und mit gleichgesinnten Akteur_innen auf der Basis der humanitären Argumentation darauf hinzuwirken, dass die völkerrechtlichen Lücken im Zusammenhang mit Nuklearwaffen (d.h. Verbot und Eliminierung) weiter verfolgt werden.

Österreich bemüht sich aktuell, dass sich möglichst viele Staaten diesem Aufruf anschließen. Ziel ist es, mit breitest möglicher Unterstützung der humanitären Initiative in die NPT Verhandlungen im April/Mai 2015 zu gehen und dieses einzigartige Momentum zu nutzen.

Bisher gab es unterschiedliche Reaktionen auf den Pledge. Wie zu erwarten ist es unwahrscheinlich, dass NATO-Staaten den Pledge unterstützen. Es gibt aber auch sehr positive Resonanz vonseiten vieler Staaten. Sehr erfreulich war für uns zum Beispiel die Nachricht der 33 Staaten aus Lateinamerika und der Karibik (CELAC), sich dem Austrian Pledge anzuschließen.

Im April und Mai dieses Jahres steht die nächste Überprüfungskonferenz zum Atomwaffen-sperrvertrag in New York am Programm. Wie werden die Ergebnisse der Wiener Konferenz Ihrer Meinung nach darin einfließen, und sehen Sie berechnete Aussichten auf einen Fortschritt bei der nuklearen Abrüstung bei der NPT Review Conference?

Ich glaube, dass durch den vermehrt humanitären Fokus in den letzten Jahren viele Staaten beim NPT erkannt haben, dass die Abrüstungsbemühungen der NPT-Staaten ins Stocken gekommen sind und dass es neuer Wege bedarf, wie die internationale Gemeinschaft Fortschritte im Bereich der nuklearen Abrüstung erzielen kann. Österreich wird die Ergebnisse der Wiener Konferenz mit in die NPT-Verhandlungen nehmen und verstärkt für die humanitären Konsequenzen eintreten. Dafür haben wir ab Jänner 2015 die Koordination gemeinsamer humanitärer Erklärungen im NPT und in der UN-Generalversammlung übernommen. Diese Erklärungen waren 2012 von einer überregionalen Gruppe von 16 Staaten (darunter Österreich) initiiert worden, die mittlerweile von 155 Staaten (letzte Erklärung bei der 69. Generalversammlung 2014) mitunterzeichnet werden.

Wie wird dieser neue Ansatz bei den humanitären Auswirkungen von Atomwaffen fortgeführt? Sind weitere Konferenzen geplant, wird sich der Fokus auf einen eigenen Verbotsvertrag richten oder gibt es andere Pläne?

Die humanitären Auswirkungen von Nuklearwaffen werden auch weiterhin in allen internationalen Abrüstungsgremien eine wesentliche Rolle spielen. Welche konkreten Formen die humanitäre Initiative annehmen wird, wird sich frühestens nach der NPT Überprüfungskonferenz zeigen. Ziel für uns ist es zunächst im NPT Rahmen möglichst konkrete und glaubwürdige Fortschritte zu erzielen. Der humanitäre Fokus wird aber auch nach dem NPT weiter verfolgt werden.

Abschließend möchten wir die Frage an Sie stellen, wie die internationale und die österreichische Zivilgesellschaft, wie z.B. der Internationale Versöh-

nungsbund, die Bemühungen der Staaten, die sich für nukleare Abrüstung und ein Verbot aller Atomwaffen einsetzen, unterstützen können?

Die Zivilgesellschaft ist grundlegend, um den Prozess hin zu einer nuklearwaffenfreien Welt zu beschleunigen. Nichtregierungsorganisationen sind in ihrer Arbeit flexibler und können stärkere Forderungen als Staaten stellen. Wir arbeiten seit jeher intensiv mit der Zivilgesellschaft zusammen und schätzen die Expertise und Professionalität von Organisationen wie dem Versöhnungsbund sehr. Meiner Meinung nach sollte es auch weiterhin die Aufgabe der Zivilgesellschaft sein, die Probleme im Zusammenhang mit Nuklearwaffen der internationalen Gemeinschaft aufzuzeigen und mögliche, attraktive Lösungswege dafür zu finden. Die Zivilgesellschaft sollte außerdem die Bevölkerung für dieses Thema sensibilisieren und sich auch dafür einsetzen, dass das Thema medial behandelt wird.



Botschafter Alexander Kmentt ist Direktor der Abteilung für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Non-Proliferation im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres und wurde von der Arms Control Association aufgrund seiner Abrüstungsbemühungen, v.a. auch in Hinblick auf die Wiener Konferenz, zur Arms Control Person of the Year 2014 gewählt.



Das Geschäft mit der Bombe

von Nadja Schmidt

70 Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki gibt es im Jahr 2015 weltweit noch immer über 16.000 Nuklearwaffen. Geschätzte 100 Mrd. US-Dollar werden – jährlich – von den nuklearwaffenbesitzenden Staaten in deren Arsenale investiert: in die Produktion neuer und Modernisierung alter Sprengköpfe, den Bau von ballistischen Raketen und anderen Abschusstechnologien, sowie in unterstützende Technologien um diese Waffen zu verwenden. Der Großteil dieser Investitionen wird von den Steuerzahler_innen in den jeweiligen Ländern finanziert. Aber nicht alles.

Die im November 2014 veröffentlichte Studie „Don't bank on the bomb“ zeigt, dass private Investor_innen aus vielen nicht-nuklearwaffenbesitzenden Ländern Finanzmittel zur Verfügung stellen, um die Produktion, Wartung und Modernisierung der Nuklearwaffenarsenale zu ermöglichen.

In einer Überprüfung von 411 Finanzdienstleistern aus 30 Ländern konnte dargelegt werden, dass im Zeitraum von 2011 bis 2014 318 Mrd. Euro (402 Mrd. US\$) in Kredite und Beteiligungen von 28 weltweit tätigen Herstellern nuklearer Massenvernichtungstechnik investiert wurden.

Die Hersteller_innen und Finanzdienstleister_innen sind zum großen Teil in den USA ansässig; einige aber auch in europäischen Ländern. So ist zum Beispiel die französische Bank BNP Paribas unter den führenden Geldgebern.

Auch ein österreichisches Finanzinstitut wird in der Studie angeführt. Laut den Rechercheergebnissen stellt die *ERSTE Group* der Airbus Group (vormals EADS) eine Kredit-

zusicherung in der Höhe von geschätzten 76 Millionen US-Dollar für die allgemeine Geschäftstätigkeit zur Verfügung. Eine von drei Firmendivisionen der Airbus Group, die Airbus Space & Defense, produziert und entwickelt unter anderem U-Boot-gestützte Nuklearraketen für die Französische Marine und als Teil eines Joint Venture Nuklearraketen für die Französische Luftwaffe. Die neueste Generation von Nuklearraketen, die M51, soll noch in diesem Jahr an Frankreich ausgeliefert werden.

ICAN Austria, der österreichische Zweig der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen, hat im November 2014 eine Kampagne ins Leben gerufen um auf diesen Umstand aufmerksam zu machen.

In den letzten Jahren wurde in zahlreichen Veröffentlichungen aufgezeigt, wie knapp die Welt vor dem Gebrauch von Nuklearwaffen schon gestanden ist. Gleichzeitig ist der Fokus immer mehr auf die verheerenden humanitären Konsequenzen dieser Waffen auf die Weltbevölkerung, die Umwelt, etc. gelegt worden. Das Stigma für den Besitz von Nuklearwaffen wächst und Nuklearwaffen werden zunehmend als illegitime Komponenten eines jeden nationalen Waffenarsenals gesehen.

Bei einem von *ICAN Austria* organisierten internationalen Zivilgesellschaftsforum am 6. und 7. Dezember in Wien zum Thema „*The courage to ban nuclear weapons*“, diskutierten weltweite Divestment-Spezialist_innen mit über 600 Teilnehmer_innen die Notwendigkeit Finanzierungen für Nuklearwaffentechnologie-produzierenden Unternehmen zu stigmatisieren und in weiterer Folge zu verbieten.

„Keine Bank, kein Pensionsfonds oder Versicherungsunternehmen sollte finanzielle Beziehungen zu Unternehmen unterhalten, die an der Herstellung von Massenvernichtungswaffen beteiligt sind,“ forderte Susi Snyder von der niederländischen Nicht-Regierungsorganisation PAX, die auch eine Co-Autorin der Studie ist.

Auch die österreichische Regierung hat sich das Ziel einer atomwaffenfreien Welt gesetzt und ist durch den Atomwaffensperrvertrag (NPT) verpflichtet, zur allgemeinen und vollständigen nuklearen Abrüstung beizutragen. Dem kann aber nur nachgekommen werden, wenn auch österreichischen Banken jedwede Finanzdienstleistungen für Hersteller von Nuklearwaffentechnologien gesetzlich untersagt wird. Ansonsten versorgen Bankhäuser über die Emission von Unternehmensanleihen oder Kreditvergaben diese mit immer neuen Finanzmitteln und unterstützen so die Entwicklung, Modernisierung und Wartung nuklearer Waffensysteme.

Der Fall der *ERSTE Group* zeigt die Grenzen interner Richtlinien – die dringend nachgebessert werden sollten, um derartige Investitionen in Zukunft unmöglich zu machen. Denn auch Finanzinstitute erkennen immer mehr das mit der Unterstützung von Atomwaffenherstellern verbundene Stigma und implementieren Richtlinien, um deren Engagement in diesem Bereich zu begrenzen oder zu beenden. Denn jeder Cent für solche Unternehmen erhöht das Risiko, dass diese ultimativen Massenvernichtungswaffen künftig noch einmal eingesetzt werden.

Nadja Schmidt ist Direktorin von ICAN Austria.





Friede und nachhaltige Entwicklung

- Einführung in die Post-2015-Agenda der Vereinten Nationen

von David Gamsjäger

Was hat Frieden mit nachhaltiger Entwicklung zu tun? Die Frage scheint einfach zu beantworten zu sein, „sehr viel“ nämlich. Vier von fünf Hungerkrisen im Jahr 2014 wurden laut dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen durch gewaltsame Konflikte verursacht. Dass nachhaltige Entwicklung erst in befriedeten oder friedlichen Regionen möglich ist, scheint nun auch Eingang in UN-Verhandlungen gefunden zu haben.

Noch unter den acht sogenannten Millenniumsentwicklungszielen (MDGs) aus dem Jahr 2000, die vor allem das Ziel der Armutsbekämpfung und Steigerung der Lebensqualität hatten, findet sich kein einziges Ziel, das sich direkt auf Friedensbildung oder Friedenssicherung bezieht. Nach 15 Jahren läuft mit Ende dieses Jahres die Millenniumserklärung aus, die Ergebnisse sind bereits absehbar:

Anders als andere Staaten des globalen Südens konnten die Länder, die sich in gewaltsamen Konflikten und Kriegen befinden, kein einziges der Ziele der Millenniumserklärung erfüllen.

Im September dieses Jahres soll im Rahmen der Vereinten Nationen ein neuer Katalog von globalen nachhaltigen Entwicklungszielen (*"Sustainable Development Goals"* - SDGs) verabschiedet werden. Neben dem Anspruch, nicht mehr nur Entwicklungs-Ziele zu sein, sondern für eine nachhaltige Welt zu sorgen, liegt das größte Novum der neuen Zielsetzungen in den Adressat_innen: nicht weiter sind nur die Länder des globalen Sü-

dens angesprochen, sondern alle Länder. Die Zielvorgaben betreffen damit die Regierungen in den USA, Schweden oder Österreich in gleicher Weise wie diejenigen in Ruanda, Bolivien oder Indien. Die neuen Zielvorgaben werden ebenso die Umwelt-, Klima-, Sozial- und Wirtschaftsebene betreffen, sowie in einem der 17 Ziele ein "Friedensziel" definieren.

Unter Zielvorgabe 16 ist im UN-Katalog zu lesen: *„Förderung friedlicher und inklusiver Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung, Gewährleistung des Zugangs zur Justiz für alle und Aufbau wirksamer, rechenschaftspflichtiger und inklusiver Institutionen auf allen Ebenen“*. Konkretisiert wird dieses Ziel durch einige Unterziele, wie der Forderung nach einer *„signifikanten Reduktion jeglicher Formen von Gewalt“*; *„Missbrauch, Ausbeutung, Handel und jegliche Form von Gewalt an Kindern [zu] beenden“* oder dem Unterziel *„[b]is zum Jahr 2030 verbotene Finanz- und Waffenströme signifikant [zu] reduzieren“*.

Es ist nicht zu leugnen, dass dies nur ein Anfang sein kann. Das "Friedensziel-16" darf nicht als Heilsbringerin verstanden werden, vielmehr kann es ob seiner wenig ambitionierten Formulierung und teilweisen Unkonkretheit nur als Minimalziel verstanden werden. Das gilt für einige Ziele des Katalogs für nachhaltige Entwicklung. Doch strebt man eine konsensuelle Beschlussfassung zwischen allen Staaten an, ist ein weitreichenderer Vorstoß kaum möglich, zu sehr unterscheiden sich die Interessenslagen der einzelnen Staaten - auch

im Bereich der Friedensförderung - von einander.

Mit den neu formulierten Zielen und Unterzielen, die im September in New York von den Staats- und Regierungschefs verabschiedet werden, können die SDGs auf globaler Ebene eine zentrale Rolle in den nächsten 15 Jahren einnehmen. Gleichzeitig birgt ein universeller, globaler und interdisziplinärer Ansatz neben der einzigartigen Chance auch viele Gefahren. Um die Zielvorgaben umzusetzen, müssen zukünftig entgegengesetzte politische Ministerien zusammenarbeiten. Interessenkonflikte zwischen Staaten, sowie innerstaatlich zwischen Ökonomie und Politik scheinen vorprogrammiert zu sein.

Im Jahr 2030 werden die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) auslaufen. Erst dann wird sich zeigen, was geschafft werden konnte und woran man gescheitert ist.

Klar bleibt, dass das Bestreben der Vereinten Nationen für eine nachhaltigere Welt ohne friedenspolitischen Zugang nicht gelingen kann.

Ohne Frieden keine Entwicklung!

David Gamsjäger, seit Dezember Praktikant beim Versöhnungsbund, nahm von 6.-8. Februar an der Aktionstagung "Keine Entwicklung ohne Frieden - Einmischung in die Post-2015-Agenda" in Köln teil.

Veranstalter der Tagung war das Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD) e.V.



Move the money:

Die globale Kampagne zu Militärausgaben

von Colin Archer

Die Überzeugung, dass die Welt zu viel Geld für Krieg und Militarismus ausgibt, ist unter Friedensaktivist_innen weit verbreitet. Und, wenn sie zufälliger Weise einmal darüber nachdenken, sehen es Millionen von Menschen auf der ganzen Welt genauso. Dennoch liegt dieses Thema noch nicht im Fokus des politischen Diskurses und unser Ziel ist es, das zu verändern!

Die Thematik ist zu einer Zeit, die geprägt ist von zwischenstaatlichen Spannungen (Japan-China u.a.) und Spannungen zwischen Regierungen und gewaltbereiten Fundamentalist_innen, die sich immer weiter militarisieren (IS u.a.), von besonderer Bedeutung. Der Druck noch mehr Steuergelder für Kriegsführung auszugeben steigt. Die derzeitige Situation ist auch ein Resultat der letzten Dekaden mit ihren großen militärischen Investitionen, sowie der unstillbaren Gier von Kriegspolizeur_innen.

Eine neue globale Kampagne

Im Dezember 2014 gab das *International Peace Bureau (IPB)* den Beginn einer permanenten, globalen, ganzjährigen Kampagne bekannt, um die weltweite Problematik der exzessiven Militärausgaben anzugehen - die „*Global Campaign on Military Spending*“ (GCOMS). 2013 gaben die Regierungen der Welt mehr als 1700 Milliarden USD für den Militärsektor aus. Dieses Geld könnte stattdessen dafür verwendet werden, Jobmöglichkeiten für junge Menschen zu schaffen, hungrige Menschen zu versorgen, uns alle vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen, Ebola zu bekämpfen und vieles mehr. IPB verlangt schon seit mehreren Jah-

Was ist das Ziel der Kampagne?

- Das Bewusstsein für die riesigen und exzessiven Summen von Steuergeldern, die für die militärischen Systeme auf der ganzen Welt ausgegeben werden, zu fördern.
- Eine Gemeinschaft zu bilden, die Budgetentscheidungen, besonders auf nationaler Ebene, beeinflussen kann um so die Ressourcen dorthin zu verschieben, wo sie menschlichen und ökologischen Bedürfnissen zu Gute kommen.

ren, dass jedes Jahr (mindestens) 10% des Militärbudgets aller Staaten umgewidmet und ein Prozess gestartet wird, der sowohl die Waffenproduktion als auch den internationalen Waffenhandel reduziert.

Die globale Kampagne baut auf der Arbeit auf, die das IPB und andere über eine Dekade lang zum Thema „*Abrüstung für Nachhaltige Entwicklung*“ geleistet haben. Sie beinhaltet den Globalen Aktionstag gegen Militärausgaben (Global Day of Action on Military Spending GDAMS; wird am 13. April 2015 zum 5. Mal begangen).

Was sind unsere Ziele?

Das Hauptziel ist eine bedeutende Umwidmung der Militärausgaben (besonders in jenen Ländern, in

denen sie besonders hoch sind). Unser Vorschlag ist eine Umwidmung zu folgenden vier Bereichen:

1. Friede: Abrüstung, Konfliktprävention und Konfliktlösung, menschliche Sicherheit
2. Nachhaltige Entwicklung und Anti-Armut-Programme
3. Klimawandel und der Verlust von Artenvielfalt
4. Soziale Gerechtigkeit/ Sozialwesen: Menschenrechte, Gleichberechtigung, Schaffung nachhaltiger Arbeitsstellen

Wir sehen die genannten Veränderungen als Teil einer breiteren globalen Transformation hin zu einer Kultur des Friedens.

Aber brauchen wir das Militär denn nicht? Ist es nicht notwendig diese Gelder aufzubringen?

Trotz unterschiedlicher Zugänge zum generellen Nutzen von militärischen Streitkräften sind sich alle innerhalb der Bewegung einig, dass die Höhe der derzeitigen Ausgaben (1700 Milliarden USD pro Jahr) grob exzessiv ist – im Besonderen finden wir, dass es keine Ausgaben für Massenvernichtungswaffen geben darf. Weiters gilt es in verschiedenen Regionen der Tendenz zu einem Wettrüsten und der Entstehung eines Teufelskreises, der zwischenstaatlich bedingt zu immer höheren Militärausgaben führt, entgegen zu halten.

Das Problem hat mit Prioritäten und politischem Willen zu tun. Viele Länder reduzieren ihr Budget für Soziales (Bildung, Gesundheitswesen etc.), während sie die Militärausgaben erhöhen und internationalen humanitären, Friedens- und Entwicklungseinsätzen fehlen die notwendigen Ressourcen.



MILITÄRAUSGABEN

2015 wollen wir die internationalen Debatten auf zwei der genannten Gebiete beeinflussen:

- Entwicklung: Sicherstellung der Einbeziehung der Bestrebungen nach Abrüstung und Senkung von Militärausgaben in der UN-Post 2015 Development Agenda (Verabschiedung: September 2015).
- Klima: Sicherstellung, dass 100 Milliarden USD der jährlich veranschlagten Regierungsbeiträge für den „Green Climate Fund“ bis zur Welt-Klimakonferenz im Dezember in Paris erfüllt werden. Diese Gelder sollten aus den reduzierten Militärbudgets kommen.

In Anbetracht der Tatsache, dass die politische Situation von Staat zu Staat unterschiedlich ist, und dass es keine Konvention oder einen Vertrag zur Eindämmung der Militärausgaben gibt, unterstützen wir vor allem auch die Arbeit auf nationaler Ebene, da dort die politischen Entscheidungen getroffen werden. Jedes Mitglied der Kampagne soll seine bzw. ihre eigenen Ziele und Ansatzpunkte definieren. Die Rolle des IPB ist es einen Rahmen zu schaffen und Unterstützung zu leisten.

Wie kann es zu Veränderung kommen?

Kritiker_innen könnten anführen, dass das Projekt überambitioniert ist. Aber das hält Aktivist_innen mit einer radikalen Vision selten davon ab, die Dinge anzugehen! Das IPB hat vor sowohl in den einzelnen Ländern als auch international Synergien zu fördern, um nach und nach die globale Bewegung gegen Militarismus zu stärken. Das kann auf verschiedene Arten geschehen und jede_r Aktivist_in oder Gruppe kann sich in ihrem Fokus unterscheiden. Die GCOMS Kampagne zielt auch darauf ab den Mitwirkenden zu helfen einen Schritt nach dem anderen zu setzen und dabei kontinuierlich ein größeres Publikum zu erreichen.



Wie können wir die Thematik aufbauen?

Im Moment ist das Thema kein zentrales Element in den nationalen Debatten – es wird nur ab und zu für die Medien bedeutend: bei Kriegsankündigungen, bevorstehenden Budgetentscheidungen oder geo-politischen Spannungen.

Unser Ziel ist eine kontrovers geführte Debatte, in der die Stimme der Bevölkerung zählt. Während der nächsten Jahre wollen wir der Thematik mehr Sichtbarkeit durch die laufende Kampagne, immer größere GDAMS-Aktionen und einer Reihe von Konferenzen im September 2016 in Berlin verschaffen. Ideen für dieses Event sind im Entstehen. Räumlichkeiten, Zeiten, Partner_innen, Medienbeteiligung und Finanzierung werden derzeit begutachtet.

Wer sind die Partner_innen?

Eine so ambitionierte Verschiebung der Prioritäten braucht Unterstützung von einem großen Teil der Gesellschaft. Derzeit hat das IPB 300 Mitgliedsorganisationen, und

etwa 100 weitere Gruppen engagieren sich beim Global Day of Action on Military Spending. Zusätzlich versuchen wir unsere Basis zu erweitern und mit Personen an Schlüsselstellen in den diversen Zivilgesellschaftssektoren in Kontakt zu kommen. Auf einer offizielleren Ebene engagieren wir uns im Dialog mit Parlamentarier_innen, Regierungen, Diplomaten_innen, internationalen bzw. UNO-Organisationen und (Ex-)Militärs.

Wie profitieren die Partnerorganisationen von der globalen Kampagne?

Die Militärausgaben sind ein weltweites Problem und können nicht nur im eigenen Land angegangen werden. Sicherheit ist ein gemeinsames Thema und Aktivist_innen werden oft von Aktionen und kreativen Ideen aus anderen Teilen der Welt inspiriert. Fortlaufende, koordinierte globale Bemühungen können dabei helfen die Aktivitäten jeder Gruppe in den Fokus zu rücken und ein größeres Momentum zu erzeugen.



MILITÄRAUSGABEN

Wie ist das organisiert?

Die GCOMS wird von einer Gruppe von Aktivist_innen aus der ganzen Welt angeführt und von den Angestellten im Sekretariat des IPB in Genf koordiniert. Finanzielle Unterstützung gab es in den vergangenen Jahren von Stiftungen und Hinterlassenschaften. Weitere Beiträge von Individuen, Organisationen und Stiftungen sind jedoch dringend erforderlich.

Interessierte sind zum Mitwirken herzlich eingeladen und können via E-mail unter mailbox@ipb.org mit uns Kontakt aufnehmen.

Colin Archer ist Generalsekretär des International Peace Bureau.

Übersetzung: Lucia Hämmerle und Alice Zylla

Was sind die gewaltfreien Lösungen für die Konflikte vor denen die Menschen heute Angst haben (Terrorismus, im Besondern durch den IS, bzw. die Konflikte in der Ukraine, Syrien, Nigeria, Ostasien und an vielen anderen Orten)?

Gewaltfreie Alternativen sind reichlich vorhanden, moralisch überlegen, erheblich billiger, viel attraktiver für die Mehrheit der Menschen in den meisten Ländern, und deshalb auch strategisch effektiver. Sie sollten aber nicht mit Untätigkeit oder Kapitulation angesichts der Unterdrückung und Terror verwechselt werden.

Das IPB unterstützt **sofortige Schritte**, einschließlich:

- Aktive Diplomatie – Einbezug anderer Regierungen und Institutionen; effektivere Nutzung der multilateralen Institutionen, wie die UNO und ihre Organisationen, regionaler Einrichtungen wie OSZE, ASEAN, usw.
- Wirtschaftssanktionen gegen ISIS und ihre Unterstützer, und ernsthafte Anstrengungen den Fluss des Geldes zu stoppen
- Waffenembargos
- Unterstützung der lokalen Zivilgesellschaft, einschließlich der Flüchtlinge
- Verstärkte humanitäre Hilfe
- Nutzung internationaler Gerichte zur Verfolgung von Kriegsverbrechern und der Schlichtung von Streitfällen

Die längerfristigen Maßnahmen umfassen:

- Abzug der U.S./westlichen Truppen aus den besetzten Gebieten
- Verringerung der Abhängigkeit von Ölimporten aus dem Nahen Osten
- Beseitigung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten
- Stärkung und Förderung von Frauen
- Förderung persönlicher Kontakte über die Grenzen hinweg
- Entwicklung eines respektvollen Dialogs mit islamischen Führungspersonlichkeiten und Gemeinschaften (auch im Westen) und zwischen moderaten Gelehrten und den Radikalen
- Aufbau der Demokratie von unten (statt sie von oben durchsetzen)

<http://demilitarize.org/gcoms-frequently-asked-questions/>

Kolumbien gehört zu jenen Ländern, die die am längsten andauernden Konflikte in der Geschichte haben. Seit mehr als 50 Jahren vertieft dieser die Ungleichheit und die Armut vieler Bevölkerungsteile. Rund 7 Mio. Menschen sind Opfer⁽¹⁾ dieser Tragödie geworden und es wird geschätzt, dass in Folge des Konflikts jedes Jahr 4.500 Menschen⁽²⁾ ihr Leben verlieren. Vor diesem verheerenden Hintergrund nährt der kolumbianische Staat mit der Fortsetzung des Gebrauchs von Gewalt weiterhin den Konflikt und vernachlässigt so seine strukturellen Ursachen.

Das zeigt sich auch klar in der Höhe der öffentlichen Mittel, die in den Sicherheits- und Verteidigungsapparat investiert werden – zu Lasten von Sektoren wie Gesundheit, Bildung und Landwirtschaft. Für 2015 sieht der staatliche Haushaltsplan 216,2 Billionen Pesos (ca. 77,1 Mrd. Euro) vor, von denen die Hälfte für die Rückzahlung von Auslandsschulden vorgesehen ist; 29,4 Billionen Pesos sind für Bildung, 28,1 Billionen für den Verteidigungssektor, 26 Billionen für den Arbeitssektor, 19 Billionen für Gesundheit und 11 Billionen für soziale Inklusion vorgesehen; und für den Agrarsektor - einer der sensibelsten Punkte – sind 4,5 Billionen veranschlagt⁽³⁾.

Mit ungefähr 3,4% seines BIP⁽⁴⁾ positioniert sich Kolumbien als das Land mit den zweithöchsten Ausgaben für den Sicherheits- und Verteidigungsapparat⁽⁵⁾ in der Region Südamerika. Trotz der Friedensgespräche mit den Guerilla-Gruppen FARC und ELN verteidigen Präsident Juan Manuel Santos und Verteidigungsminister Juan Carlos Pinzón weiterhin die Höhe dieser Mittel und halten so das Modell der existierenden Militarisierung aufrecht. Das zeigt sich in der Aufstockung der Mittel für die Streitkräfte, der Militärausgaben, der militäri-





Die Militarisierung in Kolumbien und die Friedensalternative aus der Sicht der Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen

von Mario Andres Hurtado Cardozo

schen Lösung von sozialen Konflikten und der Ausweitung des systematischen Gebrauchs von Gewalt.

Während der letzten Dekade stieg die Zahl an Mitarbeiter_innen des Verteidigungsapparats um mehr als 148.000 wesentlich an, die Gesamtzahl der Sicherheitskräfte beträgt nun 473.000. Damit hat Kolumbien aktuell nach Brasilien die zweitgrößte Armee in der Region, mit dem Unterschied, dass Brasilien 6,5mal so groß ist wie Kolumbien. Die Konsequenz dieses hohen Grades an Militarisierung ist, dass zur Zeit 5,5 Soldat_innen auf 1000 Einwohner_innen kommen, während es nur einen Arzt/eine Ärztin pro 3.870 Einwohner_innen gibt und die Zahl der Lehrer_innen im Land 220.000 beträgt, also weniger als die Hälfte der Mitglieder der Sicherheitskräfte. Die Relation zwischen Soldat_innen und irregulären Gruppen (Guerilla, Paramilitärs, Anm. d. Red.) beträgt 36:1, was zeigt, dass die Zahl der Soldat_innen überdimensioniert ist, während die Zahl der fehlenden Ärzt_innen (allgemeine und Fachärzt_innen) 23.800 beträgt.

Angesichts dieses Szenarios ist es sehr schwierig über einen echten und dauerhaften Frieden zu sprechen, da für uns Wehrdienstverweigerer_innen Friede mehr als das partielle Schweigen der Waffen und eine rein auf dem Papier realisierbare Anordnung eines Abkommens bedeutet. Für uns beinhaltet der Aufbau des Friedens soziale, politische und wirtschaftliche Veränderungen, die auf die Umkehrung von Paradigmen abzielen, die mithelfen, die Teilhabe von sozialen Basisbewegungen an Entscheidungen zu fördern. Um diese Verände-

rungen der Paradigmen zu erreichen ist es unbedingt notwendig, die Kultur des Krieges zugunsten einer Kultur des Friedens zu überwinden, die Solidarität fördert und das Modell einer hierarchischen und elitären Organisation durch partizipative und direkt-demokratische Prozesse sowie soziale Gerechtigkeit ersetzt.

Daher setzt die Demilitarisierung der Gesellschaft die Dekonstruktion und Transformation jener Glaubenseinstellungen und Werte, die zum Krieg geführt haben, voraus. Die Gesellschaft zu demilitarisieren bedeutet die Überwindung von Herrschaft, Unterwerfung, Unterordnung und Gehorsam als vorherrschende Werte und Prinzipien des kolumbianischen Staatsapparats und den Wegfall von Unterschieden und Polarisierung⁽⁶⁾. Frieden ist nicht einfach die Eliminierung von direkter Gewalt, sondern auch der ökonomischen und kulturellen Gewalt, die Armut, Hunger, Ungleichheit und Unterdrückung hervorrufen.

Für uns bedeutet Verweigerer/Verweigerin aus Gewissensgründen zu sein nicht nur die Ablehnung des verpflichtenden Wehrdienstes, sondern auch die Verteidigung einer ethischen und politischen Haltung gegenüber dem Krieg und der Militarisierung der Gesellschaft. Wir suchen nach friedlichen Konfliktlösungen und ergreifen damit in der Gesellschaft unsere Rolle als Friedensstifter_innen mit einem kritischen Blick auf den Machismo und das Patriarchat, soziale Strukturen, die militärische Praktiken aufrecht erhalten, die auf der Trilogie von Ehre, Stärke und Macht beruhen⁽⁷⁾.

Wir sind sicher, dass der Friede am Ende eines Prozesses steht und

am Anfang eines anderen, in dem es notwendig ist neue Beziehungen ins Leben zu rufen, in denen die Ungerechtigkeit durch Würde ersetzt und die Ausbeutung durch Befreiung überwunden wird. Dafür braucht es neue Arten von kollektiver Organisation und Kooperation, die uns die Möglichkeit geben, die Gewalt zu beseitigen und die Spirale des Krieges, die in unserem Land lebendig ist, zu beenden. Dafür müssen wir unseren Körper und unseren Geist demilitarisieren und beginnen, eine wahrhaftige Kultur des Friedens aufzubauen, in der wir lernen, Konflikte friedlich und positiv zu lösen⁽⁸⁾.

ACCIÓN COLECTIVA DE OBJETORES Y OBJETORAS DE CONCIENCIA – ACOOC (Kollektive Aktion von Wehrdienstverweigerern und Wehrdienstverweigerinnen aus Gewissensgründen)

Übersetzung: Irmgard Ehrenberger

1) <http://www.vanguardia.com/colombia/299498-van-7-millones-28-mil-victimas-registradas-gobierno>

2) *Informe conflicto armado en Colombia. Fronteras: La infancia en el límite. Un informe de la Coalición contra la vinculación de niños, niñas y jóvenes en el conflicto armado en Colombia y la Coalición para Acabar con la Utilización de Niños y Niñas Soldados*

3) <http://www.portafolio.co/economia/listo-el-presupuesto-colombia-el-2015>

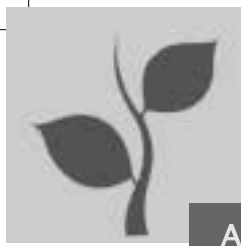
4) <http://www.elcolombiano.com/colombia-gasta-3-4-del-pib-nacional-en-seguridad-y-la-policia-1-6-CC1260217>

5) <http://www.semana.com/nacion/articulo/colombia-segundo-pais-suramericano-mas-gasta-armamento/257797-3>

6) *Ponencia contexto de militarización y posición política del proceso distrital de objeción de conciencia frente al militarismo. (2014)*

7) <http://www.uclouvain.be/480725.html>

8) <http://objetoresbogota.org/>



Trojanischer Krieg und Potjomkinsches Dorf

- Österreichs Beiträge zur EU-Auslandseinsatzpolitik sind überwiegend militärisch

von Thomas Roithner

So zufällig wie unrichtig der Zusammenhang, so zutreffend in einem anderen übertragenen Sinne. Konflikte und Kriegslisten in Griechenland und Russland. Im Bauch des hölzernen Pferdes versteckten sich nach der griechischen Mythologie einst Soldat_innen, um nächtens das Lager des Feindes zum Sturm zu öffnen. Ob es die Dörfer von Feldmarschall Potjomkin wirklich gab, ist umstritten. Ob Sage oder Wirklichkeit, jedenfalls sollte der russischen Zarin durch bemalte Kulissen im eroberten Neurusland ein anderer Schein vermittelt werden.

EU-Auslandseinsätze

Seit 2003 hat die EU 33 zivile, militärische und zivil-militärische globale Auslandseinsätze durchgeführt. Militärs und Zivilist_innen kommen dabei aus den EU-Mitgliedstaaten. 10 Einsätze haben einen militärischen Charakter, 22 gelten als zivile Einsätze und 1 Einsatz wies einen Mischcharakter (Sudan/Darfur) auf. Ein genauer Blick zeigt, dass im zivilen Bereich lediglich 24,73 % (samt lokaler Kräfte) des gesamten entsendeten

Personals eingesetzt wurden, wobei Polizeikräfte als „zivil“ gelten. Knapp über drei Viertel sind also Militärs. Von den zivilen EU-Einsätzen sind es 10, die 50 oder weniger Personen im Feld haben.

Beitrag Österreichs

Eine parlamentarische Anfrage der Abgeordneten *Tanja Windbüchler-Souschill* – erstmals veröffentlicht in der Neuen Zürcher Zeitung nzz.at – zeigt eine unschöne Facette zu den heimischen Beiträgen. Von der Stärkung der angeblichen „Zivilmacht EU“ kann nicht gesprochen werden.

In allen EU-Auslandseinsätzen (Ukraine ist unberücksichtigt) mit österreichischer Beteiligung wurden 604 Militärs, 53 Personen aus dem Polizeibereich, 8 aus dem Justizbereich (4 Richter, 4 Justizwachebeamte) und 6 weitere Personen (Expert_innen u.a. zu Menschenrechten und Gender, politischer Berater, Zollbeamtin, Kabinettschef) entsandt.

Von den insgesamt 671 eingesetzten Personen Österreichs entfallen auf den „Zivil“-Bereich 67, also

9,99%. Ohne Polizei beträgt der Anteil 2,09 %. Österreich versteht im EU-Kontext „Zivil“ also primär als Polizei. Österreich unterbietet das ohnehin geringe zivile eingesetzte EU-Personal (~ 25 %) und leistet damit mehr Beiträge zu einer Militärmacht EU als sich konkret operativ für einen zivilen Paradigmenwechsel zu engagieren. Die Kritik aus der Entwicklungspolitik über das geringe Budget glänzt auf ein und derselben Medaille wie die Beiträge zur Militarisierung der EU.

Diese Zwischenbilanz ist ein dringlicher Appell, nichtstaatliche zivile Ansätze zu fördern und zum Einsatz zu bringen, die sich u.a. in potenziellen Krisengebieten auf gewaltfreier Basis mit ziviler Krisenprävention, Versöhnung und Dialogstiftung beschäftigen. Der staatliche offenbar überwiegend militärische Ansatz muss um zivile nichtstaatliche Angebote erweitert werden.

Missverhältnis Zivil – Militär

Das EU-Parlament – üblicherweise kein friedenspolitisches Korrektiv zu Rat, Kommission oder zur Hohen Vertreterin – meint, „dass – wegen der Tatsache, dass der Schwerpunkt hauptsächlich auf die militärische Dimension der ESVP gelegt wird – im Bereich der zivilen Fähigkeiten und der Konfliktverhütung Fortschritte viel zu langsam erreicht werden“. Politisch prioritäre und personell dominierende Militäreinsätze sind die fatale Folge und das Gegenteil einer echten Zivilmacht.

Thomas Roithner, Friedensforscher und Journalist, Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien,

www.thomasroithner.at



Zivilmacht EU als Trojanisches Pferd?

Foto: Britrob (Flickr) (CC BY 2.0)





FRONTEX

Frontex schützt. Schützt Frontex?

von David Gamsjäger

Europa schottet sich ab, das hört man nicht nur immer öfter, es scheint auch das tatsächliche politische Programm der EU zu sein. Frontex, die seit 2005 agierende Grenzschutzagentur der Europäischen Union, ist spätestens seit den tragischen Opfermeldungen vor der italienischen Insel Lampedusa in den letzten Jahren zu trauriger Berühmtheit gekommen. Seither bündelt sich die Kritik an der europäischen Grenzpolitik in der Behörde, die ihren Hauptsitz fernab des Mittelmeers in Warschau hat. Die Kritik erstreckt sich von der bewussten Nicht-Differenzierung zwischen Flüchtlinge und „illegalen Einwanderern und Einwanderinnen“, bis hin zum skrupellosen Ertrinkenlassen tausender Menschen im Mittelmeer.

Grobe Menschenrechtsverletzungen tragen sich aber nicht nur im Mittelmeer, sondern ebenso an den Landgrenzen Europas zu. Griechenland und Bulgarien haben an ihren Grenzen zur Türkei meterhohe Zäune errichtet, oftmals mit Stacheldraht gespickt. Ähnliche Bilder kommen aus den spanischen Enklaven Melilla und Ceuta. Auf-

zeichnungen belegen, dass Flüchtlinge dort von Grenzschützer_innen misshandelt und regelrecht zurück über die Zäune geprügelt werden.

Europas Strategie und ihre Folgen

Angesichts des *"Kampfes gegen irreguläre Migration"* verstärkt die EU seit Jänner 2015 zum einen die Zusammenarbeit mit Drittstaaten (vor allem in Nordafrika), zum anderen lässt sie mehr Geld in Überwachungstechnologien fließen. Ihre Absicht ist offenkundig: Flüchtlingsboote sollen möglichst schon von den nordafrikanischen Grenzschützern abgefangen werden, ehe sie europäische Gewässer überhaupt erreichen.

Es ist nicht zu leugnen, dass die EU die tödlichsten Grenzen der Welt besitzt. Seit dem Jahr 2000 sind mehr als 22.000 Menschen bei dem Versuch, Europa zu erreichen, gestorben. Auch weil die EU keine zusätzlichen legalen Möglichkeiten des Zugangs schafft, drängt sie Flüchtlinge auf immer gefährlichere Routen und steigert somit die Opferzahlen. Die wahren Profiteur_innen der europäischen Abschot-

tungspolitik sind die Schlepper_innen und Kriminellen, die dadurch Milliarden Gewinne machen. Doch wer nach Europa will, ist auf ihre Hilfe angewiesen. Ebenso profitiert die Rüstungsindustrie. Große europäische Rüstungsunternehmen wie Airbus oder Thales gehören zu den großen Nutznießern der EU-Forschungsprojekte zur Grenzüberwachung.

Eine der entscheidenden Fragen innerhalb der EU ist, wie es mit dem Grenzschutz und der Abschottungspolitik Europas weitergehen soll. Wer auf eine Abkehr von der bestehenden Grenzpolitik und auf eine gezielte Ursachenbekämpfung der Fluchtgründe hofft, wird wohl enttäuscht werden. Mit dem Fonds für Innere Sicherheit stellt die EU den Mitgliedsstaaten in den nächsten sieben Jahren insgesamt mehr als 1,5 Milliarden Euro für den Grenzschutz zur Verfügung. Frontex im Speziellen bekommt in diesem Jahr 114 Millionen Euro - fünfmal so viel wie 2007. Im Gegensatz dazu sind für das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen EASO (European Asylum Support Office) maximal 17,5 Millionen vorgesehen. Die Unverhältnismäßigkeit ist symptomatisch.

Bei aller notwendigen Kritik an der Grenzschutzagentur Frontex muss zuletzt doch klar sein, dass es die Mitgliedsstaaten waren, die den Wunsch nach einer *„operativen Zusammenarbeit bei der Kontrolle und Überwachung der Außengrenzen“* forderten und diese mit Frontex etablierten.

Auf die EU als Gewinnerin des Friedensnobelpreises und die europäischen Mitgliedsstaaten im Konkreten geht die Entwicklung hin zur *"Festung Europas"* zurück.



Kundgebung gegen FRONTEX in Berlin, Oktober 2014

Foto: Aktion Freiheit statt Angst (Flickr) (CC BY 2.0)



Licht am albanischen Horizont?!

Der Weg zur Beseitigung der Blutrache ist bereitet

von Giulia Zurlini

Im Norden Albaniens wurde während des Sommers 2012 ein junger Mann mit einer Feuerwaffe erschossen. Sein Name war Vllaznim, er war 22 Jahre alt. Am Tag seiner Ermordung war Vllaznim mit seinem Bruder unterwegs, auf den ebenfalls geschossen wurde. Vllaznims Bruder überlebte den Anschlag mit Glück.

In der Folge einer persönlichen Auseinandersetzung hatte einer von Vllaznims Verwandten einen Mann getötet. Das ereignete sich wenige Jahre vor dem Sommer 2012. Ein Familienangehöriger des ermordeten Mannes nahm in Folge Rache und ermordete Vllaznim.

Historische Entwicklung des Phänomens der Blutrache

Im Norden Albaniens ist das nur einer von hunderten Morden, die auf Blutrache zurückgehen. Nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft hatte das Land beim Übergang zu einer echten Rechtsstaatlichkeit mit erheblichen Problemen zu kämpfen. Auch wenn der Demokratisierungsprozess im Land voranschreitet, bleiben zahlreiche Probleme bestehen. So herrscht Korruption, es gibt kaum Wirtschaftswachstum, das Bildungsniveau ist niedrig, Binnenmigration erfolgt von isolierten Bergdörfern hin in die Vorstädte der bedeutenden Städte. In diesem Kontext verbreitet sich die Blutrache als Form der Selbstjustiz. Ihren Ursprung findet sie in der Überlieferung eines mittelalterlichen Strafgesetzbuchs mit dem Namen „*Kanun des Leke Dukagjini*“. Während der Besetzung der Ottoman_innen regelte dieses Gesetzbuch das gesamte soziale und kulturelle Leben der albanischen Bevölke-

rung der nördlichen Bergregion. Ehre galt als grundlegender Faktor in der Beziehung zwischen Einzelpersonen und ihrer Gemeinschaft. Ehrverletzung wurde als so schwerwiegendes Verbrechen angesehen, dass diese in Folge nur noch durch neuerliches Blutvergießen oder aber durch Vergebung wiederhergestellt werden konnte. Das genommene Blut erforderte im Grunde entweder gerächt oder mit einem Versöhnungsritus vergeben zu werden.

Heute wird diese Tradition in veränderter Weise angewendet und als Versuch gesehen, den Mängeln des Staates entgegenzutreten. Die Verzerrung der Normen, welche im Kanun die Blutrache geregelt haben, hat zur Folge, dass heute Selbstjustiz überall dort auftritt, wo die Rechtsstaatlichkeit nicht greift. Persönliche Konflikte können sich bis zu dem Punkt hin verschlimmern, an dem eine Seite zu einem Mord gedrängt wird. Das führt wiederum zu einem endlosen Kreis von Rache und schadet gerade denjenigen, die mit der Person, die eine andere angegriffen hat, verwandt sind.

Albanisch-italienisches Engagement für eine Kultur des Friedens

Seit 2010 garantiert die „*Operazione Colomba*“ („Operation Friedenstaube“), das Friedenskorps der Vereinigung „*Comunità Papa Giovanni XXIII*“, ständige Präsenz im Norden Albaniens, im Speziellen in den Gebieten um Shkoder und Tropje. Das Ziel von Operazione Colomba beinhaltet die vollständige Beseitigung der Blutrache als Akt von Selbstjustiz. Um dieses Ziel zu erreichen führen die Freiwilligen der Operazione Colomba zivile gewaltfreie Aktionen zur Friedenssicherung, Friedensbildung und Friedensstiftung durch.

Die hauptsächlich angewandten gewaltfreien Techniken sind:

• Dialog und aktives Zuhören, um die involvierten Akteur_innen dabei zu unterstützen konstruktiv mit ihren Gefühlen umzugehen

• Vermittlung zwischen den Konfliktparteien bis hin zur Lösung des Disputes durch einen Versöhnungsprozess

• Unbewaffnete Begleitung und gewaltfreies Eingreifen um größere Bewegungsfreiheit für die Personen zu garantieren, die dem Risiko der Blutrache ausgesetzt sind

• Aufklärungsarbeit (durch Demonstrationen, Petitionen, öffentliche Treffen, Runde Tische, die Verbreitung der Erfahrungen derjenigen, die sich für Versöhnung statt Blutrache entschieden haben) vorantreiben um die Implementierung des Gesetzes zu garantieren und einen nationalen Versöhnungsprozess zu etablieren, bei dem alle sozialen Akteur_innen involviert sind

• Vernetzung mit albanischen Verbänden und der Zivilgesellschaft um Vorschläge für die Überwindung der Problematik einzubringen und eine gewaltfreie Kultur, die auf der Anerkennung der Menschenrechte basiert, zu verstärken

• Beaufsichtigung und Sammlung von Daten über die mengenmäßige und geographische Verbreitung der Blutrache um detaillierte und aktuelle Kenntnisse über die Problematik zu entwickeln.



Ein Marsch für Frieden und gegen Blutrache

Im Jahr 2014 sagte Vllaznims Bruder während eines Besuchs des Teams von Operazione Colomba bei der Familie: „*Das Leben ist wertlos ohne Hoffnung*“. Im Sommer 2014 entschieden sich Freiwillige von Operazione Colomba einen Friedensmarsch zu organisieren um die albanische Zivilgesellschaft und albanische Institutionen mit Vllaznims Botschaft zu erreichen.

Die Friedensinitiative mit dem Titel „*Eine Menschenmasse bewegt sich für Frieden und gegen Blutrache*“ dauerte 10 Tage, vom 22. Juni bis zum 1. Juli. In diesen Tagen wurden insgesamt 130 Kilometer zurückgelegt und von Norden ausgehend in Richtung Landesinneres viele Dörfer und Städte durchquert. Stopps wurden in Bajram Curri, Fushe Arrez, Puke, Lac Vau Dejes, Shkoder, Kallmet, Lezhe, Lac, Mamurras, Fushe Kruje und Tirane gemacht. Der Slogan des Marsches war „*Wandel? Es ist möglich!*“ Er unterstrich das Bedürfnis, den Willen und die Hoffnung verschiedener Gesellschaftsgruppen das Phänomen der Blutrache zu beseitigen.



Die Ziele des Marsches waren:

- die Förderung einer Kultur des Friedens, des Lebens, der Vergebung und der Versöhnung
- eine breitere Sichtbarmachung

der Blutrache-Problematik - auch auf internationaler Ebene

- die albanischen Institutionen darin zu bestärken, eine starke und klare Position zu beziehen. Dies soll durch die Implementierung des Gesetzes Nr. 9389, datiert auf den 4. Mai 2005, geschehen, das darauf abzielt einen Koordinierungsrat für den Kampf gegen Blutrache zu etablieren.

Der Marsch für Frieden und Versöhnung wurde hauptsächlich von albanischen Institutionen, religiösen Institutionen in Albanien, albanischen Verbände, albanischen Künstler_innen, religiösen Gruppen und einzelne Bürger_innen unterstützt.

Die Freiwilligen von Operazione Colomba organisierten an jedem Aufenthaltsort bewusstseinsbildende Aktivitäten, adressiert an die lokale Zivilbevölkerung, in Form von:

- Zeugnissen derer, die Versöhnung an Stelle von Rache gewählt haben
- Zeugnissen derer, die gewaltfreien Kampf in Konfliktgebieten in der ganzen Welt gewählt haben
- Verteilung von Flugblättern, die die Botschaft von Frieden und Versöhnung verbreiten
- Infoständen, bei denen auch Unterschriften für die Petition für die Implementierung von Gesetz Nr. 9389 vom 4. Mai 2005 gesammelt wurden
- Förderung einer Kultur, die auf Versöhnung, Gewaltfreiheit und der Anerkennung der Menschenrechte basiert.

Aktive Gewaltfreiheit erzielt Erfolge

Operazione Colomba schätzt, dass während der gewaltfreien Initiative ungefähr 300 Menschen, sowohl Albaner_innen als auch andere Staatsangehörige, am Friedens-

marsch teilgenommen haben. Schätzungsweise 10.000 Flugblätter mit der Botschaft von Frieden und Versöhnung wurden verteilt, was bedeutet, dass mindestens 10.000 Menschen von der Initiative erfahren haben. Darüber hinaus haben in Albanien innerhalb von 10 Tagen 2.681 Menschen die Petition unterschrieben und innerhalb eines Monats 253 Personen weltweit online unterzeichnet.

Der Friedensmarsch erreichte eine so breite öffentliche Wahrnehmung, dass Ende Juli 2014 ein Treffen zwischen einer Delegation von Operazione Colomba und dem Präsidenten der Republik Albanien, Bujar Nishani, zustande kam. Das Treffen zielte darauf ab, den Präsidenten über die durchgeführten Aktivitäten in Albanien zu informieren und im Speziellen um die Implementierung des Gesetzes Nr. 9389 aus dem Jahr 2005 anzusuchen. Präsident Nishani versprach, sich für die Implementierung des genannten Gesetzes einzusetzen. Dies garantierte er durch die Etablierung einer Rechtsgrundlage für die Bildung eines „*Koordinierungsrates für den Kampf gegen die Blutrache*“.

Dieses Resultat stellt einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung Beseitigung der Blutrache durch aktive Gewaltfreiheit dar.

Die Autorin **Giulia Zurlini** ist Mitarbeiterin der italienischen Friedensprojektes „*Operazione Colomba*“ („*Operation Friedenstaube*“). *Operazione Colomba - Gewaltfreies Friedenskorps tritt seit 20 Jahren durch zivile gewaltfreie Aktivitäten im Bereich von Friedenssicherung, Friedensbildung und Friedensstiftung in bewaffneten Konflikten wie in Kolumbien, Israel/Palästina, Albanien, Tschetschenien, Libanon/Syrien oder Sierra Leone auf.*

<http://www.operazionecolomba.it/>

Übersetzung: David Gamsjäger

DVR 0583031
Zulassungsnummer:
GZ 02Z032555M

P.b.b.
Internationaler Versöhnungsbund
Lederergasse 23/Hof2/St.3/Tür 27
A-1080 Wien

Ich, Alfred Bernhard Nobel, erkläre hiermit nach reifer Überlegung meinen Willen bezüglich meines Eigentums, das ich nach meinem Tod hinterlassen kann, wie folgt:

Mit meinem verbleibenden realisierbaren Vermögen soll auf folgende Weise verfahren werden: das Kapital, das von den Nachlassverwaltern in sichere Wertpapiere realisiert wurde, soll einen Fond bilden, dessen Zinsen jährlich als Preis an diejenigen ausgeteilt werden sollen, die im vergangenen Jahr der Menschheit den größten Nutzen erbracht haben. Die Zinsen werden in fünf gleiche Teile aufgeteilt:

*...ein Teil an denjenigen, der am meisten oder am besten auf die Verbrüderung der Völker und die **Abschaffung oder Verminderung stehender Heere** sowie das Abhalten oder die Förderung von Friedenskongressen hingewirkt hat. ... Es ist mein ausdrücklicher Wille, dass bei der Preisverteilung die Zuteilung nicht an irgendeiner Nationalität festgemacht wird, so dass der Würdigste den Preis erhält, ob er Skandinavier sei oder nicht.*

Paris, den 27. November 1895
gez. Alfred Bernhard Nobel

Spinnrad 